

Patrick Geißler

Zur Umsetzung der umsatzsteuerlichen Neutralität in der Insolvenz

Die unkontrollierte Subvention



UNIVERSITÄT
BAYREUTH



FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG

**Zur Umsetzung der umsatzsteuerlichen Neutralität
in der Insolvenz**

Die unkontrollierte Subvention

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doctor rerum politicarum

durch die
Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

vorgelegt von
M.Sc. Patrick Geißler

Erstgutachter: Univ.-Prof. Dr. Thomas Egner

Zweitgutachter: Univ.-Prof. Dr. Michael Fischer

Drittgutachter: Univ.-Prof. Dr. Andreas Oehler

Tag der Disputation: 8. Januar 2019

Unternehmen und Steuern

Herausgeber: Prof. Dr. Jochen Sigloch, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Klaus Henselmann, Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. Thomas Egner, Universität Bamberg

Band 84

Patrick Geißler

Zur Umsetzung der umsatzsteuerlichen Neutralität in der Insolvenz

Die unkontrollierte Subvention

Shaker Verlag
Aachen 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bamberg, Univ., Diss., 2019

Copyright Shaker Verlag 2019

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8440-6479-7

ISSN 1436-7246

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Geleitwort

Die Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer soll nach den Vorgaben der EU sowie der Rechtsprechung des EuGH den Konsum des Endkunden belasten, nicht jedoch die leistungserbringenden Unternehmen. Durch die Ausgestaltung der Umsatzsteuer mit dem leistungserbringenden Unternehmen als Steuerpflichtigen und einer Vielzahl systemdurchbrechender Ausnahmen ist seit jeher der Charakter der Umsatzsteuer zwischen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und dem Steuerrecht umstritten.

Besondere Relevanz erlangt diese Frage in der Insolvenz eines Unternehmens. Unter Berücksichtigung des Postulats der Neutralität der Umsatzsteuer sollte durch diese keine Verzerrung der Insolvenzmasse sowie des Wettbewerbs zu nicht insolventen Unternehmen ausgelöst werden. Diese Auffassung scheint auch der Bundesfinanzhof zu teilen, zumindest, wenn man die wirtschaftlichen Folgen seiner Rechtsprechung zur Umsatzsteuer in der Insolvenz betrachtet. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Rechtsprechung aus dem Umsatzsteuergesetz bzw. den diesem zu Grunde liegenden EU-Richtlinien zur Umsatzsteuer tatsächlich ableiten lässt. In der Literatur ist dies höchst umstritten, wird jedoch meist einseitig aus juristischer Sicht analysiert.

Vor diesem Hintergrund untersucht Herr Geißler das Verhältnis von Insolvenzordnung und Umsatzsteuergesetz und betrachtet kritisch die ökonomischen Folgen des Zusammenspiels dieser beider Rechtsgebiete unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechungsentwicklung. Mit dem Untertitel „Die unkontrollierte Subvention“ deutet sich bereits an, dass das Umsatzsteuerrecht erhebliche systemfremde Wirkungen in der Insolvenz auslöst. Dies mag zwar – wie Herr Geißler zeigt – die Sanierung maroder Unternehmen im Einzelfall vereinfachen, ist aber weder systemgerecht noch kontrolliert und zielgerichtet, da die Subventionshöhe von der konkreten Konstellation im Einzelfall abhängt.

Mit dieser Dissertation legt Herr Geißler eine umfassende Analyse zur Steuerwirkungslehre am Beispiel der Umsatzsteuer in der Unternehmensinsolvenz vor. Er beschränkt sich dabei nicht auf eine normative Betrachtung, sondern erfasst die Steuerwirkungen auch quantitativ. Besonders hervorzuheben ist, dass im Rahmen der Arbeit gerade der Schnittbereich von Umsatzsteuer- und Insolvenzrecht in den Mittelpunkt gestellt wird.

Ohne den Einzelheiten der Arbeit vorgreifen zu wollen, ist der Gesetzgeber – in diesem Fall insbesondere auch die EU-Kommission – aufgerufen, ungewollte und der Höhe nach unkontrollierbare Steuerwirkungen durch eine Rechtsänderung einzudämmen. Reformmaßstab muss dabei das Neutralitätspostulat sein, mit der positiven Nebenwirkung, dass die Rechtsprechung sich nicht mehr als Reparaturbetrieb für den Gesetzgeber verstehen muss. Die Rechtsprechung könnte sich dann wieder stärker am Wortlaut des Gesetzes orientieren. In überzeugender Art und Weise zeigt Herr Geißler im Rahmen dieser ökonomischen Analyse des Rechts auf, dass Anspruch und Wirklichkeit der Steuergesetzgebung gerade hinsichtlich der Steuerwirkungen im Widerspruch zueinander stehen. Herr Geißler weist in seiner Arbeit einen möglichen Weg aus dieser Situation heraus.

Bamberg, im Januar 2019

Prof. Dr. Thomas Egner

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als Dissertation angenommen. Sie entstand am dortigen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Betriebliche Steuerlehre von Herrn Professor Dr. *Thomas Egner*, StB in meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Größter Dank ist damit auch unmittelbar meinem verehrten akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. *Thomas Egner*, StB, gegenüber auszudrücken, der durch stetige Forderung und Förderung das Entstehen dieses Werkes maßgeblich beeinflusst hat. Seine Intention, die meine Arbeitsweise nachhaltig verändert hat, entspricht dem von *Ludwig Wittgenstein* formulierten Anspruch:

„Nur sich nicht in Teilfragen verstricken, sondern immer dort hinaus flüchten, wo man freien Überblick über das ganze *eine* große Problem hat, wenn auch dieser Überblick noch unklar ist!“ (*Ludwig Wittgenstein am 1.11.1914*)

Ihm ist darüber hinaus für die Gewährung eines wunderbaren Arbeitsumfelds zu danken, was ermöglicht hat, fachliche und berufliche Entwicklung sowie Familie in Einklang zu bringen. Hierfür ist ihm auch im Namen meiner Frau und unserer – während der Zeit am Lehrstuhl geborenen – Kinder aller höchste Wertschätzung entgegen zu bringen.

Zu danken ist Herrn Professor Dr. *Michael Fischer*, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, für die Erstellung des Zweitgutachtens und Herrn Professor Dr. *Andreas Oehler*, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, für den Beisitz im Disputationsverfahren. Ebenfalls gilt Herrn Dr. *Daniel Wozniak*, RA, FAInsO, FAStR, FAHaGesR, Geschäftsführer der Jost Roth Kollegen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Nürnberg Dank für den fruchtbaren und äußerst interessanten Austausch bezüglich vielfältiger Probleme der zugrunde liegenden Thematik.

Zu danken ist darüber hinaus allen studentischen Hilfskräften sowie Kolleginnen und Kollegen. Namentlich zu nennen sind Frau Dr. *Jessica Wölfert*, StBin, Herr *Matthias Gries*, M.Sc., Herr Dr. *Florian Schiefer*, StB und Herr *Johannes Stößel*, M.Sc. Ausdrücklich ist Herr Dr. *Roland Quinten* hervorzuheben, der mit seiner unentwegt vorhandenen Diskussionsbereitschaft zu der Entwicklung des Werkes maßgeblich beigetragen hat und zuletzt Frau *Verena Drummer*, M.Sc. sowie Frau *Ina Krakau*, M.Sc. für die vielfältige Unterstützung.

Dank gilt selbstverständlich auch meinen Eltern *Ute* und *Ronald Geißler*, meinem Bruder *Marcel Rodenbach* sowie meinen Großeltern und unserer lieben Freundin *Stephanie Kluge*, B.A. Zuletzt danke ich insbesondere meiner Frau *Nadia Geißler*, B.A. für ihren bedingungslosen Beistand während der gesamten Dauer der Erarbeitung und Fertigstellung dieser Dissertation, für die stetige Auf- und Ermunterung sowie für ihr – so einfach es klingen mag – Dasein in den vergangenen Jahren von ganzem Herzen. Gleiches gilt für unseren Sohn *Leewin Emil* und unserer zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Arbeit noch ungeborenen Tochter *Enna Sophie*, die mir immer wieder vor Augen geführt haben und in Zukunft bestätigen können, warum die Mühen lohnenswert waren. Ihnen sei diese Arbeit gewidmet.

Bamberg, im Januar 2019

Patrick Geißler

Inhaltsübersicht

INHALTSÜBERSICHT	I
INHALTSVERZEICHNIS.....	V
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XVIII
SYMBOLVERZEICHNIS.....	XXVIII
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XXIX
TABELLENVERZEICHNIS	XXX
 I EINFÜHRUNG UND GRUNDLAGEN	 1
A. EINFÜHRUNG IN DIE UNTERSUCHUNG.....	1
1. EINLEITUNG.....	1
2. GEGENSTAND DES FORSCHUNGSANSATZES	3
3. EINGRENZUNG DES FORSCHUNGSANSATZES	4
4. STAND DER FORSCHUNG	5
5. FORSCHUNGSMETHODIK	8
6. GANG DER UNTERSUCHUNG	12
 B. GRUNDLAGEN	 13
1. VON DER KONKURSORDNUNG ZUR INSOLVENZORDNUNG	13
2. ZIELSETZUNG DER INSOLVENZORDNUNG	15
3. AUSGEWÄHLTE BESTANDTEILE DES INSOLVENZVERFAHRENS	19
 II VERHÄLTNIS VON INSOLVENZORDNUNG UND STEUERRECHT	 35
A. VERHÄLTNIS <i>DE LEGE LATA</i>	35
1. GRUNDPROBLEM IM SCHNITTPUNKT VON INSOLVENZ- UND UMSATZSTEUERRECHT	35
2. ZUSAMMENWIRKUNG VON INSOLVENZORDNUNG UND STEUERRECHT	36
3. ZWISCHENFAZIT	38
 B. KONZEPTIONELLE UNTERSUCHUNG	 40
1. HISTORISCHE ENTWICKLUNG.....	40
2. BEURTEILUNG EINES ALLGEMEINEN FISKALISCHEN VORRECHTS	47
3. BEVORRECHTIGUNGEN EINZELNER GLÄUBIGERGRUPPEN <i>DE LEGE LATA</i>	59
4. ZUSAMMENFASSUNG.....	65

C. WIRKUNGSORIENTIERTE UNTERSUCHUNG	68
1. BESTIMMUNG DES UMSATZSTEUERLICHEN BELASTUNGSGRUNDES	68
2. BESTIMMUNG DER UMSATZSTEUERLICHEN WIRKUNGEN IN DER INSOLVENZ	78
3. ZUSAMMENFASSUNG	90
D. ERGEBNIS KAPITEL II	91
III ANALYSE AUSGEWÄHLTER PROBLEMFELDER	92
A. EINFÜHRUNG ZUM KAPITEL III	92
1. VORBEMERKUNGEN	92
2. ENTWICKLUNG DER NEUEN RECHTSPRECHUNG	93
3. ZUSAMMENWIRKUNG	94
4. AUSWIRKUNGEN	95
B. UMSATZSTEUERERHEBUNG	96
1. BEHANDLUNG DER UMSATZSTEUER	96
2. FORTBESTAND DER UMSATZSTEUERLICHEN ORGANSCHAFT IM INSOLVENZFALL	184
3. ERGEBNIS TEIL B	214
C. VORSTEUERABZUG	217
1. BEHANDLUNG DER VORSTEUER	217
2. UNEINBRINGLICHKEIT NACH § 17 ABS. 2 NR. 1 USTG	229
3. VORSTEUERKORREKTUR NACH § 15A USTG	234
4. ERGEBNIS TEIL C	240
D. AUFRECHNUNG	243
1. VORBEMERKUNGEN	243
2. DIVERGENZ DER BEGRÜNDETHEIT I. S. VON §§ 38, 96 INS O	244
3. BESTEUERUNGSZEITRAUM UND UMSATZSTEUERLICHE ZWANGSVERRECHNUNG	247
4. ERGEBNIS TEIL D	255
E. ANFECHTUNG	257
1. VORBEMERKUNGEN	257
2. NICHT INSOLVENZFESTE UMSATZSTEUERVEREINNAHMUNG UND -ENTRICHTUNG	259
3. ANFECHTBARKEIT DER UMSATZSTEUER	273
4. ERGEBNIS TEIL E	283
F. ERGEBNIS KAPITEL III	285
1. RECHTLICHE BETRACHTUNG	285
2. ÖKONOMISCHE BETRACHTUNG	287

IV REFORMÜBERLEGUNGEN	288
A. MARKTWIRTSCHAFTLICHE ORDNUNG UND DAS UMSATZSTEUERINSOLVENZRECHT	288
1. INSOLVENZRECHT ALS GLÄUBIGERSCHUTZINSTRUMENT	288
2. MARKTWIRTSCHAFTLICHER WETTBEWERB	289
3. SCHLUSSFOLGERUNGEN	304
B. LÖSUNGSANSÄTZE	314
1. VORBEMERKUNGEN	314
2. UMSATZSTEUERRECHTLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	315
3. KORRESPONDIERENDE INSOLVENZRECHTLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	340
C. ERGEBNIS KAPITEL IV	356
V FAZIT	358
A. THESENFÖRMIGE ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	358
B. ABSCHLIEßENDES PLÄDOYER UND AUSBLICK	364
VERZEICHNIS DER GESETZE, RICHTLINIEN, VERWALTUNGSANWEISUNGEN UND DRUCKSACHEN	XXXI
I. GESETZE UND PRIMÄRES UNIONSRECHT	XXXI
II. RICHTLINIEN	XXXV
III. VERWALTUNGSANWEISUNGEN	XXXVI
1. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN	XXXVI
2. LÄNDERFINANZMINISTERIEN UND OBERFINANZDIREKTIONEN	XXXVII
IV. DRUCKSACHEN	XXXIX
1. BUNDESRAT	XXXIX
2. BUNDESTAG	XXXIX
3. KOMMISSION FÜR INSOLVENZRECHT	XLII
4. REICHSTAG	XLII
5. VERÖFFENTLICHUNGEN AUF EUROPÄISCHER REGIERUNGSEBENE	XLII

RECHTSPRECHUNGSVERZEICHNIS XLIV

I. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF XLIV

II. INNERSTAATLICHE RECHTSPRECHUNG XLVI

1. BUNDESVERFASSUNGSGERICHT XLVI
2. BUNDESGERICHTSHOF XLVII
3. BUNDESFINANZHOF XLIX
4. FINANZGERICHTE LIII
5. SONSTIGE GERICHTE LIV

LITERATURVERZEICHNIS LVI

I. MONOGRAPHIEN LVI

II. BEITRÄGE IN SAMMELWERKEN LXVI

III. BEITRÄGE IN FACHZEITSCHRIFTEN LXXV

IV. KOMMENTARE CXI

V. WEITERE LITERATURQUELLEN CXIV

Inhaltsverzeichnis

INHALTSÜBERSICHT	I
INHALTSVERZEICHNIS.....	V
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XVIII
SYMBOLVERZEICHNIS.....	XXVIII
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XXIX
TABELLENVERZEICHNIS	XXX
 I EINFÜHRUNG UND GRUNDLAGEN	 1
A. EINFÜHRUNG IN DIE UNTERSUCHUNG.....	1
1. EINLEITUNG.....	1
2. GEGENSTAND DES FORSCHUNGSANSATZES	3
3. EINGRENZUNG DES FORSCHUNGSANSATZES	4
4. STAND DER FORSCHUNG	5
5. FORSCHUNGSMETHODIK	8
6. GANG DER UNTERSUCHUNG	12
 B. GRUNDLAGEN	 13
1. VON DER KONKURSORDNUNG ZUR INSOLVENZORDNUNG	13
 2. ZIELSETZUNG DER INSOLVENZORDNUNG	 15
2.1. Gesetzliche Definition	15
2.2. Sanierung als Zielsetzung der Insolvenzordnung.....	17
 3. AUSGEWÄHLTE BESTANDTEILE DES INSOLVENZVERFAHRENS	 19
3.1. Sicherungsmaßnahmen nach Insolvenzantrag	19
3.1.1. Voraussetzungen der Eröffnung und Sicherungsmaßnahmen	19
3.1.2. Starker vorläufiger Insolvenzverwalter	20
3.1.3. Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter	20
3.2. Regelinsolvenzverfahren	21
3.2.1. Verfahrenseröffnung	21
3.2.2. Verwertung der Insolvenzmasse	22
3.2.2.1. Liquidationsbeschluss.....	22
3.2.2.2. Verwertungshandlungen.....	23
3.2.2.3. Insolvenzmasse	23
3.2.2.4. Masseverteilung	24

3.3. Eigenverwaltung.....	25
3.4. Insolvenzplanverfahren	26
3.5. Abgrenzung von Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten	27
3.5.1. Insolvenzforderungen.....	27
3.5.2. Masseverbindlichkeiten.....	28
3.6. Aufrechnung.....	29
3.6.1. Voraussetzungen	29
3.6.2. Insolvenzzrechtliche Einschränkungen der Aufrechnung.....	31
3.7. Anfechtung	32
3.8. Zeitpunktbezogenheit des Insolvenzrechts	33
 II VERHÄLTNIS VON INSOLVENZORDNUNG UND STEUERRECHT	35
 A. VERHÄLTNIS DE LEGE LATA	35
1. GRUNDPROBLEM IM SCHNITTPUNKT VON INSOLVENZ- UND UMSATZSTEUERRECHT	35
2. ZUSAMMENWIRKUNG VON INSOLVENZORDNUNG UND STEUERRECHT	36
2.1. Steuervollstreckung vs. Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung.....	36
2.2. Materiell-rechtliche Wirkungen des Steuerrechts	37
3. ZWISCHENFAZIT	38
 B. KONZEPTIONELLE UNTERSUCHUNG	40
1. HISTORISCHE ENTWICKLUNG.....	40
1.1. Fiskusvorrechte vor 1879	40
1.2. Das Fiskusvorrecht in der deutschen Konkursordnung ab 1879	42
1.2.1. Erste liberale Ansätze.....	42
1.2.2. Ausgestaltung und Motive des Fiskusvorrechts.....	43
1.2.3. Weitergeltung der Konkursordnung von 1877	44
1.3. Vorrechte in der Insolvenzordnung	45
1.4. Zwischenfazit	46
2. BEURTEILUNG EINES ALLGEMEINEN FISKALISCHEN VORRECHTS	47
2.1. Gemeinwohl durch Sicherstellung staatlicher Einnahmen	47
2.1.1. Befürwortende Argumente.....	47
2.1.2. Ablehnende Argumente.....	47
2.1.3. Ergebnis.....	49
2.2. Schutzbedürftigkeit des Steuergläubigers als Zwangsgläubiger	50
2.2.1. Befürwortende Argumente.....	50
2.2.2. Ablehnende Argumente.....	51
2.2.2.1. Nicht fällige Forderungen.....	51
2.2.2.2. Fällige Forderungen.....	52
2.2.2.3. Ansicht der <i>Kommission für Insolvenzrecht</i>	53
2.2.3. Ergebnis.....	53
2.3. Vorrang des Staates als Hoheitsträger	55
2.4. Fiskusvorrecht als Grund masseloser Insolvenzen	56
2.5. Zwischenfazit	58

3.	BEVORRECHTIGUNGEN EINZELNER GLÄUBIGERGRUPPEN <i>DE LEGE LATA</i>	59
3.1.	Bedeutung der insolvenzrechtlichen Gläubigergleichbehandlung	59
3.1.1.	Abstufung des Grundsatzes <i>par conditio creditorum</i>	59
3.1.2.	Art. 3 Abs. 1 GG als verfassungsrechtliche Grundlage	59
3.2.	Würdigung der Gläubigergruppen <i>de lege lata</i>	62
3.2.1.	Aus- und Absonderungsrechte	62
3.2.2.	Masseverbindlichkeiten	63
3.2.3.	Nachrangige Gläubiger	64
4.	ZUSAMMENFASSUNG	65
C.	WIRKUNGSORIENTIERTE UNTERSUCHUNG	68
1.	BESTIMMUNG DES UMSATZSTEUERLICHEN BELASTUNGSGRUNDES	68
1.1.	Vorbemerkungen	68
1.2.	Entstehungsgeschichte der Umsatzsteuer	68
1.3.	Zielsetzung des Gesetzgebers	70
1.4.	System des UStG	71
1.5.	Wirkungs- und Wettbewerbsneutralität der Umsatzsteuer	73
1.5.1.	Wirkungsneutralität	73
1.5.2.	Wettbewerbsneutralität	75
1.5.3.	Primär- bzw. sekundärrechtliche Einordnung	75
1.5.4.	Wechselwirkungen	76
1.6.	Zwischenfazit	77
2.	BESTIMMUNG DER UMSATZSTEUERLICHEN WIRKUNGEN IN DER INSOLVENZ	78
2.1.	Europarechtlich determinierte Vorgaben	78
2.2.	Wirkungen im Liquidationsfall	78
2.2.1.	Modelltheoretische Betrachtung	78
2.2.1.1.	Auswirkungen ohne Umsatzsteuer	78
2.2.1.2.	Auswirkungen mit Umsatzsteuer	79
2.2.1.2.1.	Erweiterung des Sachverhalts	79
2.2.1.2.2.	Bei gegebener Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	81
2.2.1.2.3.	Ohne Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	82
2.2.1.3.	Zwischenfazit	84
2.2.2.	Sensitivitätsanalyse	84
2.2.2.1.	Bei gegebener Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	84
2.2.2.2.	Ohne Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	87
2.3.	Wirkungen im Sanierungsfall	89
3.	ZUSAMMENFASSUNG	90
D.	ERGEBNIS KAPITEL II	91

III ANALYSE AUSGEWÄHLTER PROBLEMFELDER 92

A. EINFÜHRUNG ZUM KAPITEL III 92

1. VORBEMERKUNGEN	92
2. ENTWICKLUNG DER NEUEN RECHTSPRECHUNG.....	93
3. ZUSAMMENWIRKUNG	94
4. AUSWIRKUNGEN.....	95

B. UMSATZSTEUERERHEBUNG 96

1. BEHANDLUNG DER UMSATZSTEUER	96
1.1. Bindung insolvenzrechtlicher Ordnung.....	96
1.1.1. Abgrenzung von Insolvenz- und Masseforderungen.....	96
1.1.2. Übertragung auf umsatzsteuerliche Sachverhalte	96
1.2. Wandel der Rechtslage.....	97
1.2.1. Änderungen der Rechtsprechung zur Istbesteuerung	97
1.2.1.1. Insolvenzzrechtliche Begründetheit im Rahmen der Istbesteuerung.....	97
1.2.1.2. Kritische Analyse	99
1.2.1.2.1. Zeitpunkt der Verwirklichung des Umsatztatbestandes.....	99
1.2.1.2.1.1. § 38 InsO als rechtsdogmatische Grundlage	99
1.2.1.2.1.2. Bestimmung des umsatzsteuerlichen Tatbestandes.....	100
1.2.1.2.1.2.1. § 38 AO im Verhältnis zu § 13 Abs. 1 UStG.....	100
1.2.1.2.1.2.2. Entgelt als bestimmendes Tatbestandsmerkmal.....	101
1.2.1.2.1.2.3. § 13 Abs. 1 UStG als Rechtsfolge.....	103
1.2.1.2.1.2.4. Entgeltvereinnahmung als Verwalterhandlung	104
1.2.1.2.2. Umsatzsteuer als ungerechtfertigte Bereicherung der Insolvenzmasse	105
1.2.1.3. Ergebnis.....	107
1.2.1.3.1. Rechtliche Betrachtung.....	107
1.2.1.3.2. Ökonomische Betrachtung.....	107
1.2.2. Erweiterung der Rechtsprechung auf die Sollbesteuerung.....	108
1.2.2.1. Einführung der sog. Doppelberichtigungsrechtsprechung.....	108
1.2.2.2. Kritische Analyse	111
1.2.2.2.1. Weiterführung ergangener Rechtsprechung.....	111
1.2.2.2.2. Übertragung des Begriffs der Uneinbringlichkeit.....	112
1.2.2.2.2.1. Aufteilung in Unternehmensteile	112
1.2.2.2.2.2. Zielsetzung von § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG.....	113
1.2.2.2.2.3. Übertragung auf Leistungserbringer	116
1.2.2.2.2.4. Berichtigungszeitpunkt.....	117
1.2.2.2.3. Erneute Berichtigung bei Vereinnahmung.....	118
1.2.2.3. Ergebnis.....	118
1.2.2.3.1. Ansichten in der Literatur	118
1.2.2.3.2. Eigene Ansicht.....	119
1.2.2.3.2.1. Rechtliche Betrachtung	119
1.2.2.3.2.2. Ökonomische Betrachtung	120
1.2.2.4. Unerlaubte Rechtsfortbildung durch den V. Senat des BFH	121
1.2.2.4.1. Rechtsfortbildung und deren Grenzen	121
1.2.2.4.1.1. Vorbemerkungen.....	121
1.2.2.4.1.2. Bindung an Gesetz und Recht	122
1.2.2.4.1.3. Willkürverbot	123

1.2.2.4.2. Ansichten in der Literatur	123
1.2.2.4.3. Eigene Ansicht	124
1.2.3. Änderungen durch Gesetzesinitiativen	126
1.2.3.1. Hintergrund zu § 55 Abs. 4 InsO	126
1.2.3.2. Grundlegendes zu § 55 Abs. 4 InsO	127
1.2.3.2.1. Erweiterung der Tatbestände nach § 55 Abs. 1 und 2 InsO	127
1.2.3.2.2. Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis	128
1.2.4. Einbezug von § 55 Abs. 4 InsO in neue Rechtsprechungslinie	130
1.2.4.1. BFH-Urteil v. 24.09.2014 - V R 48/13 – Sachverhalt	130
1.2.4.2. Typus des vorläufigen Insolvenzverwalters	131
1.2.4.3. Übertragung der Doppelberichtigungsrechtsprechung	132
1.2.4.4. Kritische Analyse	133
1.2.4.4.1. Annahme rechtlicher Uneinbringlichkeit	133
1.2.4.4.2. Zweite Berichtigung bei Vereinnahmung	135
1.2.4.4.3. Zeitraumbezogene Betrachtung	137
1.2.4.5. Ergebnis	139
1.2.4.5.1. Ansichten in der Literatur	139
1.2.4.5.2. Eigene Ansicht	140
1.2.4.5.2.1. Rechtliche Betrachtung	140
1.2.4.5.2.2. Ökonomische Betrachtung	140
1.2.5. Erweiterung der Rechtsprechung	141
1.2.5.1. BFH-Urteil v. 01.03.2016 - XI R 21/14 – Sachverhalt	141
1.2.5.2. Entscheidungsgründe	142
1.2.5.3. Kritische Analyse	142
1.2.5.3.1. Übertragung bisheriger Rechtsprechung	142
1.2.5.3.2. Trennung in mehrere Unternehmensteile	143
1.2.5.4. Ergebnis	145
1.2.5.4.1. Rechtliche Betrachtung	145
1.2.5.4.2. Ökonomische Betrachtung	145
1.2.6. Ausgewählte offene Anwendungsfragen	146
1.2.6.1. Vorbemerkungen	146
1.2.6.2. Vorläufiger Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt	147
1.2.6.2.1. Ansichten der Finanzverwaltung und in der Literatur	147
1.2.6.2.2. Eigene Ansicht	147
1.2.6.2.2.1. Rechtliche Betrachtung	147
1.2.6.2.2.2. Ökonomische Betrachtung	149
1.2.6.3. Eröffnetes Verfahren in Eigenverwaltung	149
1.2.6.3.1. FG Baden-Württemberg v. 15.06.2016 - 9 K 2564/14	149
1.2.6.3.2. Ansichten in der Literatur	151
1.2.6.3.3. Eigene Ansicht	152
1.2.6.3.3.1. Rechtliche Betrachtung	152
1.2.6.3.3.2. Ökonomische Betrachtung	153
1.2.6.4. Vorläufige Eigenverwaltung	153
1.2.6.4.1. Vorläufige Eigenverwaltung nach § 270a InsO	153
1.2.6.4.1.1. Vorbemerkungen	153
1.2.6.4.1.2. Anwendbarkeit der Doppelberichtigungsrechtsprechung	153
1.2.6.4.1.3. Begründung von Masseverbindlichkeiten	155
1.2.6.4.1.3.1. Ansichten in Literatur und Rechtsprechung	155
1.2.6.4.1.3.2. Eigene Ansicht	158

1.2.6.4.2. Vorläufige Eigenverwaltung nach § 270b InsO.....	158
1.2.6.5. Ergebnis.....	159
1.2.6.5.1. Rechtliche Betrachtung.....	159
1.2.6.5.2. Ökonomische Betrachtung.....	160
1.3. Erhaltene Anzahlungen.....	161
1.3.1. Insolvenzzrechtliche Einordnung.....	161
1.3.2. Kritische Analyse.....	162
1.3.2.1. Rechtliche Betrachtung.....	162
1.3.2.2. Ökonomische Betrachtung.....	163
1.4. Zwischenfazit.....	164
1.4.1. Rechtliche Betrachtung.....	164
1.4.2. Ökonomische Betrachtung.....	165
1.5. Verwertung beweglicher sicherungsübereigneter Gegenstände.....	167
1.5.1. Veräußerung im eröffneten Insolvenzverfahren.....	167
1.5.1.1. Vorbemerkungen.....	167
1.5.1.2. Grundzüge des Doppelumsatzes.....	168
1.5.1.3. Grundzüge des Dreifachumsatzes.....	169
1.5.1.4. Kritische Analyse.....	170
1.5.1.4.1. Rechtliche Betrachtung.....	170
1.5.1.4.2. Ökonomische Betrachtung.....	171
1.5.2. § 13b Abs. 2 Nr. 2 UStG – Umsatzsteuerrechtliche Sonderregelung.....	171
1.5.2.1. Vorbemerkungen.....	171
1.5.2.2. „Außerhalb“ des Insolvenzverfahrens.....	171
1.5.2.3. Umsätze außerhalb des Insolvenzverfahrens.....	172
1.5.2.4. Zweck der Sondervorschriften.....	174
1.5.2.5. Anwendung des Einfach- oder Doppel- bzw. Dreifachumsatzes.....	175
1.5.2.5.1. Ansicht der Finanzverwaltung und der Literatur.....	175
1.5.2.5.2. Eigene Ansicht.....	177
1.5.2.5.2.1. Doppel- bzw. Dreifachumsatz im vorläufigen Insolvenzverfahren.....	177
1.5.2.5.2.1.1. Rechtliche Betrachtung.....	177
1.5.2.5.2.1.2. Ökonomische Betrachtung.....	179
1.5.2.5.2.2. § 13b Abs. 2 Nr. 2 UStG als <i>lex specialis</i> -Vorschrift.....	180
1.5.3. Ausblick und Würdigung.....	181
1.5.4. Zwischenfazit.....	182
1.5.4.1. Rechtliche Betrachtung.....	182
1.5.4.2. Ökonomische Betrachtung.....	183
2. FORTBESTAND DER UMSATZSTEUERLICHEN ORGANSCHAFT IM INSOLVENZFALL.....	184
2.1. Vorbemerkungen.....	184
2.1.1. Bedeutung und Rechtsfolgen.....	184
2.1.2. Organisatorische Eingliederung.....	186
2.2. Frühere Rechtsprechung.....	187
2.2.1. Insolvenz der Organgesellschaft.....	187
2.2.1.1. Vorläufiges Insolvenzverfahren.....	187
2.2.1.1.1. Starker vorläufiger Insolvenzverwalter.....	187
2.2.1.1.2. Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter.....	188
2.2.1.2. Eröffnetes Insolvenzverfahren.....	189

2.2.2. Insolvenz des Organträgers	189
2.2.3. Simultaninsolvenz der Organgesellschaft und des Organträgers	190
2.2.4. Insolvenz unter Eigenverwaltung	190
2.2.5. Ökonomische Auswirkungen	190
2.2.5.1. Insolvenz der Organgesellschaft	190
2.2.5.2. Insolvenz des Organträgers	193
2.2.5.3. Simultaninsolvenz der Organgesellschaft und des Organträgers	195
2.3. Änderung der Rechtsprechung	196
2.3.1. Beendigung der umsatzsteuerlichen Organshaft durch Bestellung eines vorläufigen schwachen Insolvenzverwalters	196
2.3.2. Allgemeine Beendigung der umsatzsteuerlichen Organshaft in der Insolvenz	198
2.3.2.1. BFH-Beschluss v. 19.03.2014 - V B 14/14 und Urteil v. 15.12.2016 - V R 14/16 ...	198
2.3.2.2. Übertragung auf weitere Konstellationen	201
2.3.2.2.1. Allgemeinbindende Wirkung der Rechtsprechung	201
2.3.2.2.2. Vorläufiges Insolvenzverfahren über Organgesellschaft	201
2.3.2.2.3. Vorläufiges Insolvenzverfahren über Organträger	202
2.3.2.2.4. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren über Organgesellschaft	202
2.3.2.2.5. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren über Organträger	203
2.3.2.3. Zwischenfazit	204
2.4. Kritische Analyse	204
2.4.1. Rechtliche Betrachtung	204
2.4.1.1. Ansichten in der Literatur	204
2.4.1.2. Eigene Ansicht	206
2.4.2. Ökonomische Betrachtung	207
2.4.2.1. Kombination der neueren Rechtsprechung zum Umsatzsteuerinsolvenzrecht	207
2.4.2.2. Vollständige umsatzsteuerliche Korrektur bei Beendigung der Organshaft	209
2.4.2.3. Doppelberichtigungsrechtsprechung gegenüber den Einzelgesellschaften	210
2.5. Ergebnis	211
2.5.1. Rechtliche Betrachtung	211
2.5.2. Ökonomische Betrachtung	213
3. ERGEBNIS TEIL B	214
3.1. Rechtliche Umsetzung	214
3.2. Ökonomische Bedeutung	215
C. VORSTEUERABZUG	217
1. BEHANDLUNG DER VORSTEUER	217
1.1. Vorbemerkungen	217
1.2. Bindung insolvenzrechtlicher Ordnung	218
1.2.1. Vorsteuer als unselbständige Besteuerungsgrundlage	218
1.2.1.1. Rechtliche Betrachtung	218
1.2.1.2. Ökonomische Betrachtung	220
1.2.2. Begründetheit der Vorsteuer	221
1.3. Vorsteuerabzug und vollständige Tatbestandsverwirklichung	222

1.4. Abzugsfähigkeit von Vorsteuern in der vorläufigen Insolvenzverwaltung	223
1.4.1. Vorbemerkungen	223
1.4.2. FG Münster v. 26.01.2017 - 5 K 3730/14 U	223
1.4.3. Kritische Analyse	225
1.4.3.1. Rechtliche Betrachtung	225
1.4.3.2. Ökonomische Betrachtung	228
2. UNEINBRINGLICHKEIT NACH § 17 ABS. 2 NR. 1 USTG	229
2.1. Vorsteuerabzug und Doppelberichtigungsrechtsprechung	229
2.1.1. Übertragbarkeit auf den Vorsteuerabzug	229
2.1.2. Erste Korrektur bei Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	229
2.1.3. Zeitraumbezogene Betrachtung	230
2.1.4. Zweite Korrektur bei Verausgabung	231
2.1.5. § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG als eigenständiger materiell-rechtlicher Tatbestand	232
2.2. Kritische Analyse	232
2.2.1. Rechtliche Betrachtung	232
2.2.2. Ökonomische Betrachtung	232
3. VORSTEUERKORREKTUR NACH § 15A USTG	234
3.1. Vorbemerkungen	234
3.2. Wirkung von § 15a UStG im Insolvenzfall	234
3.2.1. Zeitpunkt der Änderung der maßgebenden Verhältnisse	234
3.2.2. § 15a UStG als eigenständiger materiell-rechtlicher Tatbestand	235
3.3. Kritische Analyse	238
3.3.1. Rechtliche Betrachtung	238
3.3.2. Ökonomische Betrachtung	238
4. ERGEBNIS TEIL C	240
4.1. Rechtliche Betrachtung	240
4.2. Ökonomische Betrachtung	240
D. AUFRECHNUNG	243
1. VORBEMERKUNGEN	243
2. DIVERGENZ DER BEGRÜNDETHEIT I. S. VON §§ 38, 96 INSO	244
2.1. Frühere Rechtsprechung des VII. Senats des BFH	244
2.2. Herstellung einer einheitlichen Rechtsprechung	245
2.3. Kritische Analyse	245
2.3.1. Rechtliche Betrachtung	245
2.3.2. Ökonomische Betrachtung	246

3.	BESTEUERUNGSZEITRAUM UND UMSATZSTEUERLICHE ZWANGSVERRECHNUNG	247
3.1.	BFH v. 24.11.2011 - V R 13/11 – Sachverhalt.....	247
3.2.	Urteilsgründe	247
3.3.	Analyse und Folgewirkung.....	249
3.3.1.	Rechtliche Betrachtung	249
3.3.1.1.	Bedeutung.....	249
3.3.1.2.	Ansichten in der Literatur.....	249
3.3.1.3.	Eigene Ansicht.....	251
3.3.2.	Ökonomische Betrachtung	254
4.	ERGEBNIS TEIL D	255
4.1.	Rechtliche Betrachtung	255
4.2.	Ökonomische Betrachtung	256
E.	ANFECHTUNG.....	257
1.	VORBEMERKUNGEN	257
1.1.	Insolvenzrechtliche Voraussetzungen und Folgen der Anfechtung	257
1.2.	Rechtshandlung	257
1.3.	Objektive Gläubigerbenachteiligung	258
2.	NICHT INSOLVENZFESTE UMSATZSTEUERVEREINNAHMUNG UND -ENTRICHTUNG	259
2.1.	Insolvenzrechtlicher Vermögensbegriff	259
2.2.	Umsatzsteuer als Teil des haftungsrechtlichen Vermögens	259
2.2.1.	Umsatzsteuer als zivilrechtlicher Bestandteil des Entgelts	259
2.2.2.	Treuhandkonstruktion und Bargeschäftsprivileg der Umsatzsteuer.....	260
2.2.2.1.	Bedeutung einer Treuguteigenschaft der Umsatzsteuer	260
2.2.2.2.	Gesetzgeberische Vorgaben und Ansichten in der Literatur	261
2.2.3.	Exkurs: Öffentlich-rechtliche Mehrpersonenverhältnisse in der Insolvenz	263
2.2.3.1.	Divergente Rechtsprechung zu Mehrpersonenverhältnissen	263
2.2.3.2.	Änderung der Rechtslage.....	265
2.2.3.3.	Kritik und konterkarierende Rechtsprechung	265
2.2.3.4.	Kritik an der BGH-Rechtsprechung	267
2.2.3.4.1.	Annahme eines Bargeschäfts nach § 142 InsO	267
2.2.3.4.2.	Übertretung der Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	269
2.2.3.5.	Übertragbarkeit auf die Umsatzsteuer	270
2.2.3.6.	Schlussfolgerung und aktuelle Entwicklungen.....	272
2.2.4.	Zwischenfazit	272

3.	ANFECHTBARKEIT DER UMSATZSTEUER.....	273
3.1.	Umsatzsteuer als gläubigerbenachteiligende anfechtbare Rechtshandlung.....	273
3.2.	Folgewirkungen.....	274
3.2.1.	Anfechtung von Umsatzsteuerzahlungen.....	274
3.2.2.	Aufrechnungsverbot nach § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO.....	274
3.2.2.1.	Umsatzsteuerliche Zwangsverrechnung.....	274
3.2.2.2.	Aufrechnung außerhalb der umsatzsteuerlichen Zwangsverrechnung.....	275
3.2.2.2.1.	Rechtsprechungsänderung des VII. Senats des BFH.....	275
3.2.2.2.2.	Auswirkungen.....	277
3.3.	Kritische Analyse.....	278
3.3.1.	Rechtliche Betrachtung.....	278
3.3.2.	Ökonomische Betrachtung.....	280
3.4.	Verbliebener Anwendungsbereich der Anfechtungsregelungen.....	281
4.	ERGEBNIS TEIL E.....	283
4.1.	Rechtliche Betrachtung.....	283
4.2.	Ökonomische Betrachtung.....	283
F.	ERGEBNIS KAPITEL III.....	285
1.	RECHTLICHE BETRACHTUNG.....	285
2.	ÖKONOMISCHE BETRACHTUNG.....	287
IV	REFORMÜBERLEGUNGEN.....	288
A.	MARKTWIRTSCHAFTLICHE ORDNUNG UND DAS UMSATZSTEUERINSOLVENZRECHT.....	288
1.	INSOLVENZRECHT ALS GLÄUBIGERSCHUTZINSTRUMENT.....	288
2.	MARKTWIRTSCHAFTLICHER WETTBEWERB.....	289
2.1.	Freier Wettbewerb und staatlicher Eingriff.....	289
2.2.	Staatlich induzierte Wettbewerbsverzerrungen.....	293
2.2.1.	Subventionen als Verzerrung marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.....	293
2.2.2.	Steuererhebung und -subvention als Markteingriff.....	294
2.3.	Insolvenz(recht) als Teil des wirtschaftlichen Marktprozesses.....	296
2.4.	Umsatzsteuererhebung in der Insolvenz als Wettbewerbsbeeinflussung.....	301
3.	SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	304
3.1.	Wettbewerb als grundlegende Voraussetzung einer Marktwirtschaft.....	304
3.2.	Unkontrolliertheit der umsatzsteuerlichen Subvention.....	305
3.3.	Unterordnung des Insolvenzrechts.....	306
3.4.	Unzulässigkeit von Sanierungshilfe durch Umsatzsteuererhebung.....	309
3.5.	Notwendigkeit zur rechtlichen Um- bzw. Neugestaltung.....	312

B. LÖSUNGSANSÄTZE	314
1. VORBEMERKUNGEN	314
2. UMSATZSTEUERRECHTLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	315
2.1. Abschaffung der Umsatzsteuer.....	315
2.2. Steuerbefreiung der Insolvenzmasse	315
2.3. Strukturänderungen der Umsatzsteuer.....	316
2.3.1. Fraktionierte Erhebung als Grundproblem	316
2.3.2. Einführung einer Endverbrauchersteuer.....	318
2.3.2.1. Allgemeine Funktionsweise.....	318
2.3.2.2. Würdigung	319
2.3.2.2.1. Vorbemerkungen.....	319
2.3.2.2.2. Umsetzungsbedenken	319
2.3.2.2.3. Einfluss auf insolvenzrechtliche Verzerrungen	323
2.3.3. Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens.....	324
2.3.3.1. Allgemeine Funktionsweise.....	324
2.3.3.2. Würdigung	325
2.3.3.2.1. Vorbemerkungen.....	325
2.3.3.2.2. Umsetzungsbedenken	326
2.3.3.2.3. Einfluss auf insolvenzrechtliche Verzerrungen	327
2.3.4. Notwendige Ergänzung: Einführung der vollständigen Istbesteuerung	329
2.3.4.1. Sollbesteuerung als insolvenzrechtliches Sonderproblem	329
2.3.4.2. Würdigung	330
2.3.4.2.1. Vorbemerkungen.....	330
2.3.4.2.2. Umsetzungsbedenken	331
2.3.4.2.3. Einfluss auf insolvenzrechtliche Verzerrungen	332
2.4. Auswirkungen unter modelltheoretischen Annahmen.....	333
2.4.1. Auswirkungen im Liquidationsfall.....	333
2.4.1.1. Darstellung und Berechnung der Auswirkungen.....	333
2.4.1.2. Sensitivitätsanalyse	335
2.4.2. Auswirkungen im Sanierungsfall	337
2.5. Zwischenfazit	337
3. KORRESPONDIERENDE INSOLVENZRECHTLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	340
3.1. Vorbemerkungen	340
3.2. Schaffung einer insolvenzrechtlichen Sondermasse.....	340
3.2.1. Grundstruktur	340
3.2.2. Würdigung.....	341
3.3. Umsatzsteuer als Gegenstand der Aussonderung.....	343
3.3.1. Grundstruktur	343
3.3.2. Würdigung.....	343
3.3.2.1. Aussonderung nach § 47 InsO.....	343
3.3.2.2. Ersatzaussonderung nach § 48 InsO	344
3.3.2.3. Zusammenfassung	344
3.4. Treuhänderische Ausgestaltung des Umsatzsteuerverhältnisses	345
3.4.1. Grundstruktur	345
3.4.2. Würdigung.....	346

3.5. Rechtspolitischer Vorschlag: Einführung eines partiellen Vorrechts	348
3.5.1. Zulässigkeit	348
3.5.2. Ausgestaltung	349
3.5.3. Folgerungen	350
3.5.3.1. Rechtliche Betrachtung	350
3.5.3.2. Ökonomische Betrachtung	351
3.6. Auswirkungen unter modelltheoretischen Annahmen	352
3.6.1. Auswirkungen im Liquidationsfall	352
3.6.1.1. Darstellung und Berechnung der Auswirkungen	352
3.6.1.2. Sensitivitätsanalyse	352
3.6.2. Auswirkungen im Sanierungsfall	354
3.7. Zwischenfazit	354
 C. ERGEBNIS KAPITEL IV	356
 V FAZIT	358
 A. THESENFORMIGE ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	358
 B. ABSCHLIEßENDES PLÄDOYER UND AUSBLICK	364
 VERZEICHNIS DER GESETZE, RICHTLINIEN, VERWALTUNGSANWEISUNGEN UND DRUCKSACHEN	XXXI
 I. GESETZE UND PRIMÄRES UNIONSRECHT	XXXI
 II. RICHTLINIEN	XXXV
 III. VERWALTUNGSANWEISUNGEN	XXXVI
1. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN	XXXVI
2. LÄNDERFINANZMINISTERIEN UND OBERFINANZDIREKTIONEN	XXXVII
 IV. DRUCKSACHEN	XXXIX
1. BUNDESRAT	XXXIX
2. BUNDESTAG	XXXIX
3. KOMMISSION FÜR INSOLVENZRECHT	XLII
4. REICHSTAG	XLII
5. VERÖFFENTLICHUNGEN AUF EUROPÄISCHER REGIERUNGSEBENE	XLII

RECHTSPRECHUNGSVERZEICHNIS XLIV

I. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF XLIV

II. INNERSTAATLICHE RECHTSPRECHUNG XLVI

- 1. BUNDESVERFASSUNGSGERICHT XLVI
- 2. BUNDESGERICHTSHOF XLVII
- 3. BUNDESFINANZHOF XLIX
- 4. FINANZGERICHTE LIII
- 5. SONSTIGE GERICHTE LIV

LITERATURVERZEICHNIS LVI

I. MONOGRAPHIEN LVI

II. BEITRÄGE IN SAMMELWERKEN LXVI

III. BEITRÄGE IN FACHZEITSCHRIFTEN LXXV

IV. KOMMENTARE CXI

V. WEITERE LITERATURQUELLEN CXIV

Abkürzungsverzeichnis

A

a. A.	andere Ansicht
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ÄndG	Änderungsgesetz
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater (Zeitschrift)
Art.	Artikel

B

BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BeckVerw	Verwaltungsanweisungen in Beck-SteuerDirekt und -Steuerrecht Plus
BeckRS	Rechtsprechung in Beck-SteuerDirekt und -Steuerrecht Plus
Beil.	Beilage
BFUP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)

BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
Bio.	Billion
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BR	Bundesrat
BRH	Bundesrechnungshof
BSG	Bundessozialgericht
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zeitschrift)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

C

ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.

D

DAV	Deutscher Anwaltverein e.V.
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung (Zeitschrift)
Drucks.	Drucksache
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht - Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DStZ/A	Deutsche Steuer-Zeitung/Ausgabe A (Zeitschrift)
Dt.	deutsch/Deutscher
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Zeitschrift)

E

EFG	Entscheidung der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
EL	Ergänzungslieferung
EstB	Der Ertrags-Steuer-Berater (Zeitschrift)
EstG	Einkommensteuergesetz
ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
et al.	und andere
EU	Europäische Union

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
e. V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

F

f.	folgend
ff.	fortfolgend
FA	FinanzArchiv (Zeitschrift)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FG	Finanzgericht
FinMin	Finanzministerium
FiWi	Finanzwissenschaft (Zeitschrift)
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht (Zeitschrift)
FS	Festschrift

G

gem.	gemäß
GEKoIns	Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen (<i>nicht amtliche Abkürzung</i>)
GesO	Gesamtvollstreckungsordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GrS	Großer Senat (des Bundesfinanzhofs)
GS	Großer Senat (des Bundesarbeitsgerichts)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

H

HaKo-InsO	Hamburger Kommentar zum Insolvenzrecht (Kommentar)
HBeglG	Haushaltsbegleitgesetz
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz

I

IFB	Institut für Freie Berufe an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
i. H.	in Höhe
INF	Die Information für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung
InsO-E	Entwurf zur Insolvenzordnung
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i. S.	im Sinne
i. V.	in Verbindung

J

JM	Juris Die Monatszeitschrift (Zeitschrift)
JurisPR-InsR	Juris PraxisReport Insolvenzrecht (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung (Zeitschrift)

K

KG	Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
KöKo-InsO	Kölner Kommentar zur Insolvenzordnung (Kommentar)
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung (Zeitschrift)
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht (Zeitschrift)

L

lat.	lateinisch
LG	Landgericht
lit.	Littera (Buchstabe)

M

m. E.	meines Erachtens
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Kommentar)
MüKo-InsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung (Kommentar)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MwStSystRL	Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem

N

NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NWB	Neue Wirtschafts Briefe (Zeitschrift)
NWB-DokID	NWB-Dokumenten-Identifikationsnummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	NVwZ Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung (Zeitschrift)

O

o. a.	oben angeführt
OFD	Oberfinanzdirektion
OLG	Oberlandesgericht

P

PfandBG	Pfandbriefgesetz
---------	------------------

R

RFH	Reichsfinanzhof
RGBL.	Reichsgesetzblatt
rkr.	rechtskräftig
Rn.	Randnummer
RPfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
Rs.	Rechtssache

Rspr.	Rechtsprechung
RStBl.	Reichssteuerblatt
RT	Reichstag
RVerbG	Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz <i>(nicht amtliche Abkürzung)</i>

S

S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB IV-ÄndG	Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
sic	lat.: sic erat scriptum, dt.: so stand es geschrieben
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
StÄndG	Steueränderungsgesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
StC	SteuerConsultant (Zeitschrift)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz (Zeitschrift)
StuB	Unternehmensteuern und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)

T

Tz.	Textziffer
-----	------------

U

u. a.	unter anderem
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
u. U.	unter Umständen
UR	Umsatzsteuer-Rundschau (Zeitschrift)
USt	Umsatzsteuer
UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass
UStB	Der Umsatzsteuer-Berater (Zeitschrift)
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz
UStG-E	Umsatzsteuergesetz-Entwurf
UStGB	Umsatzsteuer Gesetzbuch
usw.	und so weiter
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht (Zeitschrift)

V

VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
v.	vom
Verf.	Verfasser
VerglO	Vergleichsordnung
Vertr.	Vertrag
VJSchrStFR	Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht (Zeitschrift)
Vgl.	Vergleiche
vs.	versus

W

WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium (Zeitschrift)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)

Z

z. B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
zit.	zitiert
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte / Romanistische Abteilung (Zeitschrift)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess (Zeitschrift)

Symbolverzeichnis

€	Euro
§	Paragraph
§§	Paragraphen
%	Prozent
/	Divisionszeichen
=	Gleichheitszeichen
./.	Minuszeichen
+	Pluszeichen
®	Registered Trade Mark

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Hierarchiepyramide	25
Abbildung 2:	L-L-E-Beziehungen ohne Umsatzsteuererhebung	78
Abbildung 3:	L-L-E-Beziehungen mit Umsatzsteuererhebung.....	79
Abbildung 4:	Korrelation von Befriedigungsquote und Inputvariable..... bei Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	86
Abbildung 5:	Korrelation von Befriedigungsquote und Inputvariable..... ohne Aufrechnungsmöglichkeit des Steuergläubigers	88
Abbildung 6:	Struktur des Doppelumsatzes innerhalb des Insolvenzverfahrens	169
Abbildung 7:	Grundstruktur eines Dreifachumsatzes	170
Abbildung 8:	Grundzüge des Doppelumsatzes außerhalb des Insolvenzverfahrens.....	173
Abbildung 9:	Grundzüge des Einfachumsatzes.....	174
Abbildung 10:	Auswirkungen durch Insolvenz der Organgesellschaft.....	192
Abbildung 11:	Auswirkungen durch Insolvenz des Organträgers	195
Abbildung 12:	Auswirkungen durch gleichzeitige Insolvenz von Organträger	196
Abbildung 13:	Auswirkungen neuerer Rechtsprechung zur Organschaft in der Insolvenz ..	210
Abbildung 14:	Neutralitätsdreieck	309
Abbildung 15:	L-L-E-Beziehungen mit Umsatzsteuererhebung und Systemumstellung	334
Abbildung 16:	Korrelation von Befriedigungsquote und Inputvariable..... nach umsatzsteuerrechtlicher Systemumstellung.....	336
Abbildung 17:	Korrelation von Befriedigungsquote und Inputvariable..... nach umsatzsteuerrechtlicher Systemumstellung und..... insolvenzrechtlichem Vorrecht	353

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Höhe der Gläubigerforderungen	80
Tabelle 2:	Ermittlung der Insolvenzmasse.....	80
Tabelle 3:	Gläubigerbefriedigung in absoluten Zahlen.....	81
Tabelle 4:	Gläubigerbefriedigung in absoluten Zahlen bei Aufrechnung.....	82
Tabelle 5:	Nachtragsverteilungen	83
Tabelle 6:	Gläubigerbefriedigung nach Nachtragsverteilungen	83
Tabelle 7:	Neue Rechtsprechung zum Umsatzsteuerinsolvenzrecht	93
Tabelle 8:	BFH v. 29.01.2009 - V R 64/07.....	98
Tabelle 9:	BFH v. 09.12.2010 - V R 22/10.....	108
Tabelle 10:	BFH v. 24.09.2014 - V R 48/13.....	130
Tabelle 11:	BFH v. 01.03.2016 - XI R 21/14	141
Tabelle 12:	FG Baden-Württemberg v. 15.06.2016 - 9 K 2564/14	150
Tabelle 13:	Fälle des Doppel- bzw. Dreifachumsatzes im eröffneten Insolvenzverfahren .	168
Tabelle 14:	Fälle des Einfach- bzw. Doppelumsatzes im vorläufigen Insolvenzverfahren .	177
Tabelle 15:	Konstellationen von Insolvenzfällen im Organkreis.....	204
Tabelle 16:	FG Münster v. 26.01.2017 - 5 K 3730/14 U	224
Tabelle 17:	Gläubigerforderungen nach Systemumstellung.....	334
Tabelle 18:	Ermittlung der Insolvenzmasse nach Systemumstellung.....	335
Tabelle 19:	Gläubigerbefriedigung in absoluten Zahlen nach Systemumstellung.....	335
Tabelle 20:	Gläubigerbefriedigung nach Systemumstellung und Vorrecht	352